

Die Verlängerung der Wahlperiode. — Die Friedensinterpellationen.

Das Abgeordnetenhaus hatte heute, nachdem es das kleine Gesetz über die Verlängerung der Mandatsdauer erledigte, eine Debatte über den Frieden, die an die drei dringlichen Interpellationen anknüpfte, welche über die Vorbereitungen für eventuelle Friedensverhandlungen eingebracht worden sind. Während der Abgeordnete Daszynski seine Anfrage mit einer packenden Rede begründete, gegen die vom sozialdemokratischen Standpunkt freilich mancherlei zu sagen wäre, beschränkten sich die zwei tschechischen Merkale auf salbungsvolle Redensarten. Nun kam das Ereignis des Tages, ein trauriges und erbitterndes Ereignis, eine schmerzliche Enttäuschung, die nicht nur im Abgeordnetenhaus als solche empfunden wurde, sondern die auch in der ganzen Bevölkerung gefühlt werden wird. Wir glauben nicht, daß jemals ein Minister in Europa in dieser harten Kriegszeit eine Erklärung abgegeben hat, die so geeignet ist, den stärksten Unmut, ja eine leidenschaftliche Erbitterung im Volke hervorzurufen, wie die ist, die heute im österreichischen Abgeordnetenhaus vorgetragen wurde. Die Erklärung gab Ministerpräsident Dr. v. Seidler ab, und zwar, wie er ausdrücklich erklärte, in Übereinstimmung mit dem Grafen Czernin. Wir haben also verfassungsrechtlich die Tatsache vor uns, daß für die Erklärung der Graf Czernin verantwortlich, der österreichische Ministerpräsident mitverantwortlich ist. Wir glauben nicht, daß Herr v. Seidler, wenn das Budgetprovisorium nicht schon bewilligt wäre, nach dieser Erklärung auf die Bewilligung noch rechnen könnte, und wir sind überzeugt, daß Graf Czernin in dem österreichischen Abgeordnetenhaus, aller Nationalverbänderei und allem Anrechtsinn der Christlichsozialen zu Trotz, auf diese Erklärung hin ein Mißtrauensvotum erhielt, das an Deutlichkeit nichts zu

mühsen übrig ließe. Auf den kürzesten Ausdruck gebracht, beliebte es dem Herrn Grafen Czernin, die österreichische Volksvertretung wissen zu lassen, daß nach seiner Meinung das Parlament in die Frage von Krieg und Frieden nichts dreinzureden habe. Das, so meinte der Herr Graf Czernin, ergebe sich aus dem Artikel 5 des Staatsgrundgesetzes über die Ausübung der Regierungs- und Volksgewalt, in dem doch steht, „der Kaiser erklärt Krieg und schließt Frieden“. Wohlerwogen scheint also der Herr Graf Czernin auf dem Standpunkt zu stehen, das verfassungsmäßige Verhältnis zwischen Monarch und Bürger sei auch heute einfach dieses, daß der Kaiser Krieg erklärt und die Bürger einfach in Schlacht und Krieg zu ziehen haben und darin eben so lange zu verharren hätten, bis es dem Kaiser genehm ist, Frieden zu schließen. Und was für ein Frieden zu schließen sei, das gehe das Volk und die Volksvertretung ebenfalls nichts an. Ob es möglich wäre, daß ein anderer Minister in Europa derlei Auffassungen vorträgt? Die Berufung auf jenen Artikel 5 nimmt sich besonders gut aus, weil diesem Artikel 5 auch ein Artikel 8 folgt, der besagt, „der Kaiser leistet beim Antritt der Regierung das eidliche Gelöbniß“. Der Artikel 5 ist nach dem Herrn Grafen Czernin ein starres Gesetz, über den Artikel 8 kann man sich aber

eruhigt hinwegsetzen. Diese Rechtsfrage natürlich nur nebenbei, das Entscheidende ist diese Auffassung des verantwortlichen Staatsmannes, die heute, nach drei Jahren entsetzlichsten Kriegsleidens, geradezu als eine Verhöhnung des gesamten Volkes erscheint. Nach Rußland gibt der Herr Graf Czernin über seine Kriegsziele ununterbrochen Erklärungen ab, aber wenn die österreichischen Völker von ihm Antwort heischen, so sagt er trocken: das geht euch gar nichts an, das ist Sache des Kaisers. Die Erklärung des Grafen Czernin ist aber auch in ihrer Wirkung auf die Möglichkeit von Friedensverhandlungen ein schwerer Fehler. Schon daß er, worauf das revolutionäre Rußland doch das größte Gewicht legt, das Selbstbestimmungsrecht der Nationen aus den österreichischen Erwägungen ausschließt, ist nicht geeignet, die Friedensströmungen in Rußland zu festigen, auf welchen Friedensströmungen doch die Hoffnung auf den Frieden einzig beruht. Und wenn der Minister des Neufern der Welt gar nichts anderes zu sagen weiß als wieder nur die leere und oberflächliche Phrase von dem „ehrenvollen Frieden“, so sagt er ihr wohl sehr wenig. Selbst dieser Friedenswille wird aber sofort abgeschwächt, indem der Minister auftrumpft und drohend verkündet, wir werden weiter kämpfen. Es mag sein, daß der Graf Czernin den Wunsch gehabt hat, seinen alldeutschen Gegnern in Berlin Genüge zu tun und sich einmal ihr Wohlwollen zu erringen; für die österreichischen Völker ist seine Rede, wie es Abgeordneter Seitz sofort sehr richtig sagte, eine schwere Enttäuschung. Diese sozialdemokratische Rede voll Einsicht, Kraft und Mut wird wohl der gesamten Bevölkerung aus dem Herzen gesprochen sein. Auch der Abgeordnete Dr. Soukup fand tapfere Worte der Abwehr. Was darauf der Herr Abgeordnete Stölzel vortrug, war der übliche nationalverbändlerische Serpilizismus, dabei in einem ledernen Pathos eingebettet, daß es schon ästhetisch ein wahrer Greuel ist. Wenn diese Schächer meinen, mit ihren ewigen Heil- und Hochreden auszublickern, was das Volk heute empfindet und wünscht und erwartet, so irren sie sich sehr. Sie werden aus ihrem Irrtum noch grausam geweckt werden.

Zu dieser Erklärung, die er vorzutragen hatte, machte Herr Dr. v. Seidler einige eigene Bemerkungen. Sie waren natürlich, wie es des Landes so jetzt der Brauch, „Verwahrungen“ gegen unpatriotische Ausfälle und verallgemeinernde Kritik. Mehr, als sich verwahren, scheint einem österreichischen Minister nicht erreichbar zu sein. Daß er Auskunft gibt, widerlegt, entkräftet, wie es eben die parlamentarische Debatte erfordert, scheint keiner imstande. Geradezu komisch ist dabei folgendes: Der Herr Ministerpräsident verwahrte sich gegen Ausfälle auf den deutschen Bundesgenossen. Der arme Leser liest das ganz verdutzt. Denn da diese Ausfälle gestern aus dem Bericht weggefälscht worden sind, so weiß er gar nicht, wovon und von wem die Rede ist. Sie möchten gern zweierlei haben: einesteils soll man von den Ausfällen nichts erfahren, anderenteils soll man sich über sie entrüsten. Das ist aber zu viel verlangt... Die Verhandlung wird morgen fortgesetzt werden.